

# Ein undemokratisches Großpreußen

Die Sozialdemokraten und die großdeutsche Republik: „Die andere Reichsgründung“, FR-Feuilleton vom 28. Januar

## Viele linke Politiker wollten den Nationalstaat

Gerd Koenen erinnert in seinem Aufsatz über die Reichsgründung von 1870/71 an die Aussage von August Bebel, dem Führer der Sozialdemokratie, Bismarck habe mit der Kaiserkrönung in Versailles und dem „feudalen Huldigungsakt der Duodez-Fürsten“ kein wirkliches Deutsches Reich gegründet, sondern ein bloßes „Großpreußen“. Tatsächlich gibt es viele Beispiele dafür, dass linke Politiker, die immer wieder als „Reichsfeinde“ geächtet wurden, in stärkerem Ausmaß dem Gedanken des Nationalstaats verbunden waren als die Konservativen. Das begann bereits in der Paulskirchenversammlung von 1848, als das erste deutsche Parlament unter der Führung der „radikalen Demokraten“, die man als Vorläufer der Sozialdemokraten bezeichnen könnte, gegen den Vertrag von Malmö stimmte, bei dem Preußen den Plan aufgab, Schleswig in den Deutschen Bund aufzunehmen.

100 Jahre später wiederholte sich eine solche Schuldzuweisung: Als Adenauer 1949 dem Gedanken der Westbindung der jungen Bundesrepublik den Vorzug vor den Bemühungen um einen gesamtdeutschen Staat gab, nannte ihn Kurt Schumacher, dem man keinerlei Sympathie mit den ostdeut-

schon Kommunisten nachsagen konnte, den „Kanzler der Alliierten“. Wenige Jahre später bemühte sich der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, der ursprünglich der CDU angehörte und nach einem Dissens mit Adenauer bezeichnenderweise die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ gründete, ehe er in die SPD eintrat, erfolglos darum, wenigstens das Angebot Stalins von 1952 zu prüfen. Dieser hatte der jungen Bundesrepublik zugesagt, bei Aufgabe der Westbindung einer Wiedervereinigung zuzustimmen. Vielleicht haben erst die Worte von Willy Brandt im November 1989 („Nun wächst zusammen, was zusammengehört“) zu der Erkenntnis beigetragen, wie falsch es wäre, Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ zu bezeichnen.

Ernst Neubronner, Bad Homburg

## Sozialdemokratie an den Grenzen des Möglichen

Wenn Gerd Koenen in seinem Beitrag eingangs ein Zitat von Friedrich Engels anführt, in dem dieser das deutsch-preußische Reich als „durchaus revolutionäre Schöpfung“ bezeichnet, übernimmt er einen soweit recht fragwürdigen Revolutionsbegriff. Nicht jeder Staatsstreich und auch nicht jeder politisch-gesellschaftliche Umbruch ist eine Revolution.

Von der neuzeitlichen Freiheits- und Emanzipationsgeschichte her ist der Revolutionsbegriff mit qualitativem demokratischem Wandel zu verbinden. Das deutsche Kaiserreich blieb jedoch bis 1890 ein „bonapartistisches Diktatorialregime“ und nachfolgend unter Wilhelm II. zudem eine „autoritäre Polykratie“. Zu Recht spricht Hans-Ulrich Wehler von zeitwidrig-monarchischem „Semiabsolutismus“ und autokratischem „Scheinkonstitutionalismus“.

Solange Reichskanzler und Reichsregierung nicht vom Parlament gewählt, sondern vom Kaiser ernannt wurden, kann von einer parlamentarischen Monarchie keine Rede sein. Überdies hatte das dominante Preußen mit seinem undemokratischen Dreiklassen-Wahlrecht im Bundesrat ein echtes Vetorecht. Beim Kaiser und seinem Reichskanzler, der durchweg in Personalunion zugleich preußischer Ministerpräsident war, lag allein die Entscheidung über Krieg und Frieden. Dies führte 1914 mit zum Ersten Weltkrieg und mündete 1917 in eine De-facto-Militärdiktatur General Ludendorffs. Bis zur demokratisch-sozialen Revolution von 1918/19 stieß somit auch die von Koenen angeführte zivilisatorische Rolle der Sozialdemokratie an Grenzen ihrer Möglichkeiten.

Norbert Fabian, Duisburg



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

# Die Legislaturperiode mit den meisten Totalausfällen

16 Jahre Angela Merkel (CDU): „Nur indirekte Selbstkritik“ und „Menschenrechte? Das hat Zeit“, FR-Politik vom 29. Januar und -Wirtschaft vom 14. Januar

## War da nicht was von wegen „Wohl der Allgemeinheit“?

Auch wenn Andreas Scheuer kein Jurist ist und seine Studienabschlüsse umstritten sind, ist er seit 1994 politisch tätig, in der Jungen Union, als Stadtrat von Passau, Generalsekretär der CSU, Mitglied des Bundestages und als Minister. Längst hätte er die Fähigkeiten eines „Erfahrungsjuristen“ wie sie z.B. Seehofer für sich beansprucht, erwerben können. Dass er diese Fähigkeiten nicht erworben hat, wird deutlich, indem er, ohne das Urteil des EuGH abzuwarten, den Pkw-Mautvertrag unterzeichnet und die voreilige Unterzeichnung als „minimales Restrisiko“ eingeschätzt hat.

Dabei ist es völlig unerheblich, ob die Betreiber angeboten haben, die Vertragsunterzeichnung auf einen Zeitpunkt nach dem bevorstehenden Urteil des EuGH zu verschieben. Aus seiner Erfahrung als Politiker heraus hätte er wissen müssen, dass der EuGH sehr wohl die von den Nationalparlamenten geprüften Projekte noch kippen kann, denn es ist seine Aufgabe, auf Antrag zu prüfen, ob Gesetze der nationalen Parlamente EU-konform sind.

Dass Scheuer jetzt noch behauptet, nach Recht und Gesetz gehandelt zu haben, beweist, dass er während seiner Politikerlaufbahn nichts gelernt hat und daher nicht geeignet ist, die vor ihm liegenden milliardenschwe-



Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) in historischer Pose.

DPA

ren Aufgaben eines Verkehrsministers zum Wohl der Allgemeinheit zu erledigen.

Rosemarie Mika, Frankfurt

## Bezos freut sich, Altmaier schaut zu

Die letzte Legislaturperiode unter Kanzlerin Merkel wird mir als die Periode mit den meisten Totalausfällen im Gedächtnis bleiben. Da ist zuerst Julia Klöckner, die immer noch meint, die Industrie mit freiwilligen Zusagen zu verbindlichem Handeln in Sachen Tierwohl oder eindeutiger Nahrungskennzeichnung bewegen zu können. Oder Andreas Scheuer, der Millionen durch vorzeitige Verträ-

ge mit Mautbetreibern in den Sand gesetzt hat und der nicht mal die Neufassung der Straßenverkehrsordnung rechtssicher auf den Weg bringt. Der Schlimmste von allen ist aber Peter Altmaier. Seine Weigerung, ein wirksames Lieferkettengesetz auf den Weg zu bringen, zeigt entweder totale Unfähigkeit oder den Verrat am christlichen Menschenbild. Er versteht sich offenbar als Vasall der Wirtschaft und wehrt sich gemeinsam mit den Spitzen von BDI, BDA und DIHK gegen eine faire Weltwirtschaft. Das Verhalten zeigt einmal mehr, dass viele Unternehmen nur deshalb Arbeitsplätze ins Ausland verlagert haben, um Menschen- und Ar-

beitnehmerrechte zur Profitsteigerung zu umgehen. Von Umweltstandards ganz zu schweigen. Also ein Handeln, wie man es von gewöhnlichen Kriminellen kennt. Und dieses Handeln unterstützt Altmaier! Er verweigert eine angemessene Besteuerung der großen Digitalkonzerne. Amazon hat seine Gewinne im letzten Quartal 2020 verdreifacht. Gewinne wohl gemerkt, nicht Umsätze. Angemessene Besteuerung Fehlanzeige. Für die Infrastruktur unseres Landes müssen andere aufkommen, Bezos ist das egal, Altmaier schaut zu. Wie gesagt: Totalausfall! Herbert G. Just, Wiesbaden

Diskussion: [frblog.de/laschet](http://frblog.de/laschet)

# Hinten anstellen!

Zu: „Impfen vor Tokio?“, FR-Sport vom 28. Januar

Die vom Präsidenten des Tischtennisweltverbands Thomas Weickert geforderte Impfung von Olympiateilnehmern bis Ende Mai ist eine klare Aufforderung zur Bevorzugung einer Personengruppe ohne medizinische Begründung. Die Forderung passt zu denen der großen Akteure im Sport – DFB, DFL und Olympisches Komitee – nach bevorzugter Behandlung der Sportler unter Vernachlässigung der Pandemie. Krönung dieser Haltung sind die Handball-WM in Ägypten, die gegen Bedenken von Aktiven durchgedrückt wurde, und der von Thomas Bach von IOC gestartete Versuch, vorgezogene Impfungen von Olympiateilnehmern zugesichert zu bekommen.

Vor dem Hintergrund dieser Bestrebungen hat sich Frau Freitag vom Sportausschuss des Bundestags mit dem Zitat „Wunsch trifft auf Wirklichkeit“ noch viel zu höflich ausgedrückt. Das Mindeste zu solchen Vorstößen wäre seitens der Politik eine klare Ansage an die Sportverbände, dass die Verbandsvertreter sich am Ende der Schlange anstellen dürfen. An der Stelle ist der bezahlte Sport in Zeiten der Pandemie einzusortieren.

Volker Harms-Ziegler, Frankfurt

# Humorbefreite „Satire“

Zu: „Der Witz steht unter Verdacht“, FR-Feuilleton vom 25. Januar

Ich finde die Überschrift etwas irreführend. Mein Eindruck ist nicht, dass Witz generell an Wert oder Ansehen verloren hat, ein gutes Beispiel dafür ist der meist hervorragend treffende Bilderwitz, wie wir ihn in der FR genießen können. Natürlich verärgert auch Witz und Satire sich mit der Gesellschaft, jedoch muss man sehen, wo es aufhört, witzig zu sein. Auch wenn sich z.B. eine Frau Eckhardt oder ein Herr Nuhr als Satiriker verstehen, ist aus meiner Sicht bei beiden die Grenze zum geschmacklosen Populismus überschritten. Ich halte das angesichts der zu beobachtenden erstarkenden extremistischen Strömung in unserer Gesellschaft sogar für gefährlich, da sich ebendiese ohne weiteres durch diese Form der humorbefreiten „Satire“ bestärkt fühlen kann. Brigitte Heinzmann, Frankfurt

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/forum-20210201](http://frblog.de/forum-20210201)

Übersicht über die Themen: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)